

Antragsteller: Jusos Mannheim

Antragsempfänger: Juso LDK, SPD Landtagsfraktion, SPD Bundestagsfraktion, BuKo

Industrie 4.0: Chancen fördern, auf Risiken reagieren

Die Industrie 4.0 wird enorme Chancen für den Industriestandort Deutschland eröffnen und ein großes Wachstumspotenzial beinhalten. Durch die Vernetzung der Fabrikhallen werden Arbeitnehmer entlastet und die Schwere der körperlichen Arbeit wird abnehmen. Gleichzeitig werden weniger Arbeitskräfte benötigt, insbesondere viele geringer qualifizierte Arbeitsplätze könnten wegfallen. Ganze Branchen könnten sich stark verändern und die entsprechenden Berufsgruppen werden teilweise oder ganz überflüssig. Diesen gravierenden Veränderungen der Arbeitswelt müssen wir Sozialdemokraten ein solides Konzept entgegenstellen, die das Potential der Wirtschaft voll ausnutzt, eine internationale Wettbewerbsfähigkeit garantiert und gleichzeitig die Arbeitnehmer nicht aus dem Blick verliert. Wir müssen den Menschen klare Perspektiven aufzeigen, um eine Massenarbeitslosigkeit zu verhindern und den Lebensunterhalt zu sichern. Dazu sollten auch die Wirtschaftszweige der Zukunft unterstützt werden.

Daher fordern wir Jusos folgende Punkte:

1.) Nur eine gute Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit. Man kann nicht früh genug mit einer umfassenden Bildung der Kinder anfangen. Daher fordern wir den Ausbau von qualitativ hochwertigen Kitas. Dies ist gerade in Zeiten von gestiegener Zuwanderung unerlässlich, gerade im Hinblick auf Sprachförderung. Daher fordern wir eine umfassende Finanzierung von dem Staat, um den kostenfreien Zugang für alle gleichermaßen gewährleisten zu können.

Zudem brauchen wir ein umfassendes Konzept zur weiteren schulischen Bildung der Kinder, gerade im Bereich der digitalen Medien und Informatik. Dabei darf nicht entscheidend sein, wie und wo ein Kind aufwächst. Die Schulen müssen gleichwertige Bildungsstandards einhalten, auch über Ländergrenzen hinweg. Dabei ist eine zunehmende Digitalisierung der Schulen essentiell. So kann eine gute Lehre an den Schulen mit modernsten Standards gewährleistet werden.

Auch müssen genügend hochwertige Universitätsplätze zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wollen wir die Stärkung des Wissenschafts- und Entwicklungsstandorts Deutschland herbeiführen und somit langfristig die Zahlen gering qualifizierter Arbeitnehmer reduzieren, um so vor Arbeitslosigkeit zu schützen.

2.) Die Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze akut von einer Rationalisierung bedroht sind, müssen entsprechend umgeschult werden. Dafür müssen Gelder des Bundes bereitgestellt werden, um dies zu leisten. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, mit den Arbeitgebern Konzepte zu entwerfen, um eine innerbetriebliche Weiterbildung zu gewährleisten. Denn auch die Arbeitgeber müssen in die Pflicht genommen werden. Daher fordern wir eine Kostenbeteiligung der Arbeitgeber bei Weiterbildungen sowie Umschuldungen der Arbeitnehmer.

Auch muss eine stetige Fortbildung der Arbeitnehmer gewährleistet sein, damit sie auch den neuesten Technologien gewachsen sind. Gerade hier muss der Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden.

Gleichzeitig fordern wir eine Stärkung und den Ausbau der überbetrieblichen Ausbildung. Gerade die Handwerkskammern leisten auf diesem Gebiet bereits einiges. So kommen die Arbeitnehmer weg von einer einseitigen Spezialisierung hin zu einer Generalisierung. Dadurch ist eine höhere Flexibilität gegeben, was die Arbeitnehmer vor Rationalisierung der Arbeitsstelle schützt.

Darüber hinaus müssen Unternehmen adäquate Sozialpläne entwickeln und auflegen, um den Rückgang von Arbeitsplätzen für gering qualifizierte Arbeitnehmer möglichst sozialverträglich für die Arbeitnehmer zu gestalten.

Auch fordern wir, dass den zuständigen Job-Centern entsprechendes Personal zur Seite gestellt wird, um den wachsenden Aufgaben effizient und unbürokratisch gewachsen zu sein. Zudem fordern wir, die Durchlässigkeit des Bildungssystems fortzuführen.

3.) Wir fordern die weitere Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der Forschung in dem Bereich der digitalen Wirtschaft und Industrie 4.0. Nur so können wir auch langfristig eine Vorreiterrolle in der Entwicklung und Forschung einnehmen und international konkurrenzfähig bleiben.

4.) Um Innovationen zu sichern und das kreative Potential gerader junger Menschen effektiv zu nutzen, fordern wir die Unterstützung und gezielte Förderung von Start-Ups. Der Bund und die Länder sollen dabei die Förderung ausbauen und konkrete Starthilfe bereitstellen. Dies wollen wir durch qualitativ hochwertige und zunächst kostenlose Beratungsstellen erreichen. Auch müssen die Fördermittel steigen und die Hürden für das Erhalten der Mittel gesenkt werden. Gleichzeitig gehört die Etablierung von Betriebsräten in Start-Ups gefördert, um die Mitbestimmung der Mitarbeiter zu sichern.

5.) Gleichzeitig muss der Gesprächsfaden zwischen Industrie, Gewerkschaft und Staat aufrecht erhalten bleiben, um ein gemeinsames Konzept zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu erarbeiten, ohne die Arbeitnehmer zu sehr zu belasten. Die Bewältigung der Industrie 4.0 wird eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein und dementsprechend müssen alle Stimmen gehört werden. Nur so können wir von dem Wandel profitieren und sozial gestalten.

Begründung: erfolgt mündlich